

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Botenlohn beträgt 600.— M., bei Selbstabholung 540.— M. — Preis der Einzelnummer 25.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24508 Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 18608. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telefon 24508

Inseratenpreise: Die 10spaltige Kolonelle oder deren Raum 50.— M., bei Platzvorschrift 65.— M.; Familiennachrichten, die 10spaltige Zeile 30.— M., Reklame-Kolonelle 25.— M. Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721 Schluss der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die deutschen Vorschläge abgelehnt.

Was enthalten sie?

Paris, 10. Dezember. Entsprechend ihrer Absicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, der Aufrichtigkeit und der geschäftlichen Klarheit zu führen, hat die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Dringlichkeit einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage erneut nachdrücklich betont und, um eine solche Lösung durch zweckmäßige Vorschläge anzubahnen, in Ausführung der Note vom 14. November ein System von inneren und äußeren Anleihen zur Erleichterung gestellt. Das dafür zu gewährenden Moratorium soll je nach der Höhe des Zeichnungsergebnisses bis zu fünf Jahren betragen; außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Moratoriums von allen sonstigen Lasten des Vertrags von Versailles befreit werden und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wieder erhalten. Der Ertrag der Auslandsanleihe soll ganz, der Ertrag der Inlandsanleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen; die andere Hälfte der Inlandsanleihe soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichshaushalts dienen.

Die Reichsregierung hat anlässlich der Londoner Konferenz zur Unterstützung der deutschen Botschaft in London mehrere Persönlichkeiten entsandt, die mit den Reparationsfragen, eingehend vertraut sind. Es ist anzunehmen, daß der Versuch gemacht wird, mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Entente-Regierung in London in inoffizielle Verhandlungen einzutreten.

Die Vorschläge Poincarés.

Paris, 11. Dezember. (M.) Nach offiziellen französischen Darstellungen hat Poincaré in der ersten Sitzung der Londoner Konferenz folgende Vorschläge gemacht: Deutschland solle ein Moratorium für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren bewilligt erhalten, geltend sei seine Barzahlungen. Die Sachleistungen müssen in dieser Zeit, wenn auch in beschränktem Maße, fortgeführt werden. Gleichzeitig müßte die deutsche Regierung mit möglicher Beschleunigung Gesetzmäßigkeiten erlassen, um ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Ein Kredit von 500 Millionen Goldmark, ergänzt durch einen ebenso großen Betrag aus den Goldreserven der Reichsbank, soll Deutschland zum Zwecke der Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Zur Sicherung für die Ausführung dieser Reformen müßten die Alliierten den Betrag von 25 Prozent vom Ergebnis der deutschen Ausfuhr und gleichzeitig die Ergebnisse der Zölle beschlagnahmen, sowie das Rohstoffgebiet an der Ruhr kontrollieren. Bonar Law soll erklärt haben, die englische Regierung wäre mit einer verstärkten Finanzkontrolle über Deutschland einverstanden. Sie akzeptiere auch die Beschlagnahme von 25 Prozent vom dem Ergebnis der deutschen Ausfuhr und die Beschlagnahme der Zolleinnahmen, aber sie wäre nicht einverstanden mit einer sofortigen Besetzung des Ruhrgebietes. In der Nachmittags-Sitzung wurde die Frage der alliierten Schulden und ihre teilweise Ermäßigung zum Zwecke der Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen besprochen. Bonar Law soll die Erklärung abgegeben haben, daß die englische Regierung bereit wäre, auch ohne die Entscheidung Amerikas abzuwarten, eine Rückzahlung der Summen, die ihm die alliierten Mächte schulden, ins Auge zu fassen gegen eine entsprechende Rückzahlung der sogenannten C-Dollarkationen, die nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 Deutschland übernommen hat.

Der Verlauf der Verhandlungen

Paris, 10. Dezember. Ueber den Verlauf des gestrigen ersten Verhandlungstages in London glaubt die Agence Havas, obwohl alle Delegationen das strengste Geheimnis wahren, mitteilen zu können, wie es scheint, könne der französische Standpunkt dahin formuliert werden, daß Deutschland höchstens für zwei Jahre ein Zahlungsausschub für seine Geldzahlungen gewährt werden könne. Während dieser Zeit müßten die Sachleistungen, wenn auch in vorrätigerem Maße, erfolgen. Die deutsche Regierung müßte in kurzer Frist geeignete Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer halben Milliarde Goldmark, zu der eine gleiche Summe aus dem Goldbestande der Reichsbank kommen müßte, würde Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Um eine Bürgschaft für die Ausführung dieser Reformen zu besitzen, würden die Alliierten 25 Prozent der deutschen Ausfuhr und die Zolleinnahmen erheben sowie die Bergwerke des Ruhrgebietes kontrollieren. Mussolini hat, wie die Agence Havas weiter meldet, der Konferenz eine Note überreicht, in der er die Überzeugung ausspricht, wenn ein Zahlungsausschub gewährt werde, so könne dies nur mit gewissen Bürgschaften geschehen. Mussolini sei jedoch Gegner militärischer Druckmittel. Bonar Law habe die französischen Vorschläge in sehr gemäßigter Form freigelegt. Er betraufte die Aufrichtigkeit der Entente cordiale als grundlegende Notwendigkeit. Er wolle aber auch mit der öffentlichen Meinung in Großbritannien rechnen, die in ihrer Mehrheit jeder Zwangsmahnahme gegen Deutschland feindselig gesinnt sei. Auch England leide stark unter den Folgen des Krieges. Es sei weit davon entfernt, das Deutsche Reich

von seinen Verpflichtungen befreien zu wollen. Es wolle Zahlungen erlangen, aber im Rahmen des Möglichen. Die gegenwärtige englische Regierung werde eine verstärkte Kontrolle der deutschen Finanzen zulassen und sicher auch der Erhebung von 25 Prozent vom Werte der deutschen Ausfuhr sowie der deutschen Zolleinnahmen zustimmen. Weiter berichtet die Agence Havas: In der Nachmittags-Sitzung wurde die Frage der alliierten Schulden angesprochen. Bonar Law habe versichert, die britische Regierung sei bereit, ohne die amtlichen Absichten Amerikas abzuwarten, einen Erlass der Summen zu bewilligen, die die alliierten Mächte England schulden. Voraussetzung hierfür sei, daß ein solches Opfer zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne. Aufsehenerregend eröffnete sich nach dieser Richtung neue Möglichkeiten hinsichtlich der Liquidierung der europäischen Wäffeln, deren Erörterung die Note Versailles im August d. J. verhindert habe. Am Schluß der Sitzung heißt es, wie man sieht, seien die französischen und die englische Auffassung noch ziemlich weit voneinander entfernt; aber im Gegensatz zu der letzten Konferenz könne man eine allgemeine Lösung erhoffen, da die Beratungen mit gutem Willen fortgesetzt würden.

Paris, 10. Dezember. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas berichtet aus London: Die Beratungen der alliierten Premierminister, die um 3 Uhr nachmittags begonnen haben, gingen um 6 Uhr zu Ende. Die Vorschläge der deutschen Regierung, die gestern dem Foreign Office überreicht worden sind, sind an erster Stelle geprüft worden. Es wurde einstimmig entschieden, daß sie nicht die Grundlage einer Verständigung bilden können. Die Beratung über das Gesamtproblem der Reparationen wurde hierauf fortgesetzt. Poincaré hatte nach Schluß der Sitzung eine Unterredung mit Bonar Law. Der englische Minister hat vorgeschlagen, sich zusammenzusetzen und den Bericht Bonar Laws über die im Gange befindlichen Verhandlungen entgegenzunehmen.

Die deutsche Sühnenote in Paris.

Paris, 10. Dezember. Wie die Agence Havas berichtet, ist die Antwort der deutschen Regierung an die Besatzungskonferenz über die Zroßschüsse in Ballaun und Zugoskadt heute nachmittag in Paris überreicht worden. Die deutsche Regierung erklärt, sie sei allein berechtigt, die Entschuldigungen auszusprechen, die verlangt würden. Sie erklärt weiter, sie könne die Bürgermeister in ihrer Eigenschaft als Polizeibeamte nicht abgeben, da sie keine Beamte seien, sondern gewählte Organe autonomer Verwaltungen. Die deutsche Regierung teile mit, sie stelle die verlangte Summe von einer Million Goldmark zur Verfügung der alliierten militärischen Kontrollkommission.

Erhöhung des Umlagegetreidepreises auf das Vierfache!!

Verdoppelung des Brotpreises.

SPD. Das Reichsernährungsministerium kündigt an, daß in der am Montag stattfindenden Besprechung des Preisauausschusses für Umlagegetreide eine Erhöhung der bisherigen Preise auf das Drei- bis Vierfache gefordert werden wird. Wird diese Forderung auch nur zu einem wesentlichen Teil anerkannt, so ist im Januar bereits mit einer Verdoppelung des Brotpreises zu rechnen. Eine solche Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels würde selbstverständlich in der Zeit allgemeiner und überfüllter Preissteigerungen zu einer neuen Winderung des Reallohnes führen, deren Folgen auch auf die Industrie nicht ausbleiben können. Schon jetzt ist bekannt, daß ein großer Teil der Industrie seine Preise über die Weltmarktpreise erhöht hat. Erfolgt jetzt die Verdoppelung des Brotgetreides, so ist schwerlich anzunehmen, daß die Löhne mit dieser Verteuerung, die rasch auch auf die übrigen Warenmärkte übergeht, Schritt halten werden. Die Kaufkraft der breiten Massen ist erneut bedroht, was das kann auf die Abnahmefähigkeit der Industrie und damit auch auf die Produktionsmöglichkeit von nachteiligstem Einfluß sein. Aus diesen Gründen werden nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch alle übrigen Vertreter des Preisauausschusses, die sich als Sachwalter der Verbraucher fühlen, die Notwendigkeit der Preissteigerung eindringlich prüfen müssen. Daß sie sich ganz vermeiden läßt, ist nicht anzunehmen. Wohl macht die Landwirtschaft darauf, daß sie den wesentlichsten Teil ihrer Ernte frei verkaufen kann, riefte sie hin. Aber es hieße einfach die Tatsachen ableugnen, wollte man verkennen, daß der Brotpreis zum überwiegenden Teil durch den ungeheuer hohen Preis des Auslandsgetreides bestimmt wird, nachdem es den Landwirten gefangen ist, mit Hilfe der Bürgerlichen die Umlagen zum so niedrig festzusetzen, und nachdem die Landwirte auch dieses geringe Liefermaß nicht voll erfüllt haben, zum Teil selbst mit Hilfe gefälschter Zertifikate. Würde man mit einer unzureichenden Erhöhung des Umlagepreises die Ablieferung von Umlagegetreide hemmen, so würde das deutsche Volk noch mehr vom Auslandsgetreide abhängig, der Brotpreis also noch höher.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 8300 M.

Triumphator Stinnes?

Die Deutschen Vorschläge abgelehnt. So wird lakonisch gemeldet. Was die Häupter der Alliierten in London abgelehnt haben, das ist bis zur Stunde dem deutschen Volke nicht bekannt. Aus der halb-offiziösen Mitteilung ist fast nichts zu ersehen, das Kabinett Cuno ist also wieder ganz in die Magimen des alten kaiserlichen Deutschlands zurückverfallen, indem es über die Geschichte des deutschen Volkes verfügt, ohne der Öffentlichkeit auch nur mitzuteilen, was für Vorschläge sie zu machen für richtig hielt. Das ist ein Skandal ohne gleichen, gegen den mit aller Entschiedenheit protestiert werden muß. Tatsächlich ist heute niemand imstande, ein endgültiges Urteil über den Wert oder Unwert der deutschen Vorschläge zu fassen, weil uns, dem deutschen Volke, jede Möglichkeit fehlt, Stellung zu nehmen zu dem, was die Alliierten in London abgelehnt haben. Am Sonnabend tagte der auswärtige Ausschuss des Reichstages. Dort sollten die Vorschläge des Kabinetts Cuno besprochen werden. Der Reichsaussenminister v. Rosenfeld aber teilte mit, daß über die neuen Reparationsvorschläge an die Entente nähere Mitteilungen noch nicht gemacht werden könnten; er betonte aber, daß er Mitte nächster Woche, also in den folgenden Tagen, imstande sein werde, die Pläne der Reichsregierung in ihren Umrißen bekanntzugeben.

Das war am Sonnabend. Noch nicht 24 Stunden später aber wurden Vorschläge der deutschen Regierung dem auswärtigen Amt zu London übermittelt. Es ist nicht anzunehmen, daß die "Anreise" erst im Laufe der Sonntagnacht fertiggestellt und auch endgültig ausgearbeitet worden sind. Somit bleibt nur die Annahme übrig, daß die Reichsregierung nicht nur den auswärtigen Ausschuss, sondern die gesamte deutsche Öffentlichkeit gefesselt irreführte. Das ist ein Rückfall in die alte Kabinettpolitik wilhelmischer Art und dagegen hat das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen. Wenn das Kabinett Cuno über das Wohl und Wehe des deutschen Volkes beschließt, dann hat das deutsche Volk zu verlangen, daß es wenigstens Kenntnis davon erhält und die Möglichkeit bekommt, die Entscheidung der Alliierten entsprechend beurteilen zu können.

Soweit man aus der halb-offiziösen Darstellung ersehen kann, schlug die Reichsregierung, indem sie sich mehr als klavisch an die Note vom 13. November band, ein System von inneren und äußeren Anleihen vor. Dafür sollte ein Moratorium, das sich nach der Höhe des Zeichnungsergebnisses richten und das sich auf die Dauer bis zu fünf Jahren erstrecken sollte, gewährt werden. Weiterhin soll Deutschland im Sinne der Note vom 13. November von allen sonstigen Lasten des Vertrags befreit werden. In der Wirtshausnote hieß es, daß die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete weiter geleistet werden sollten, ob das Kabinett Cuno auch diese Leistungen gesundet wissen will, ist aus der völlig unzulänglichen Darstellung nicht zu ersehen. Der Ertrag der Auslandsanleihe soll ganz, der der Inlandsanleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung gestellt werden. Die andere Hälfte der Inlandsanleihe soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichshaushalts dienen. Das ist in aller Klarheit, was sich die Reichsregierung verpflichtet fühlte, dem deutschen Volke mitzuteilen. Im wesentlichen also, sind es Forderungen, die das Kabinett Cuno ganz im Sinne von Stinnes an die Alliierten richtete, während sie sich ihrerseits gnädig bereit zeigte, auch im Inlande eine Anleihe aufzunehmen, über deren Erfolg angelehnt der letzten Zwangsanleihe alle Zweifel beseitigt sind. Die deutsche Regierung glaubt also, indem sie an ihre Gläubiger Forderungen stellt, das Reparationsproblem zur Lösung zu bringen. Das ist ganz die Art von Stinnes, wie er das auch in seiner berühmten Rede vor dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates zum Ausdruck brachte und es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Londoner Konferenz, die ein Entgegenkommen der Reichsregierung erwartete, die Forderungen ablehnte, die diese an die Alliierten richtete. Wenn am heutigen Tage das Chaos im Finanz- und Wirtschaftsleben Deutschlands um weiteres vergrößert wird, dann kommt die volle Schuld auf die Häupter der neuen Reichsregierung, die glaubte, unter Führung der Stinnespartei das Problem meistern zu können, an dem sich Dr. Wirth zu Tode rang. Dr. Cuno versprach, durch die Verbindungen, die er und seine Helfershelfer mit der Großindustrie haben, diese zu größeren Leistungen bewegen zu können. Aber es scheint, als wenn diesmal Stinnes der Sieger geblieben sei, wie seinerzeit Dr. Cuno, als der Wirtschaftsdiktator Deutschlands nach der Beherrschung der Hapag gierte, den Kampf gewann und ihn aus dem Konzern der Hamburg-Amerika-Linie recht anfängt an die Luft beförderte. Scheinbar hat auch das neue Kabinett von den Großindustriellen eine entscheidene Absage erhalten und wenn schon die Reichsregierung keine positiveren Vorschläge, die sich auf Reformen im Innern des deutschen Wirtschaftskörpers beziehen, zu machen vermochte, so mußte sie zum mindesten Garantien bieten können, die die Verzinsung vor allem der Auslandsanleihe gewährleisten. Davon ist aus der halb-offiziösen Darstellung nichts